

N i e d e r s c h r i f t

über die am **Donnerstag, dem 8. Feber 2007**, um **19.00 Uhr**, im Gemeinderatssaal des Rathauses stattgefundene **2. Sitzung des Gemeinderates** der Freistadt Eisenstadt.

Anwesend waren: Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel (ÖVP) als Vorsitzende, die Vizebürgermeister Mag. Josef Christian Schmall (ÖVP) und Heinz Mock (SPÖ) , die Stadträte wHR Mag. Dr. Michael Freismuth (ÖVP), Dipl.-Ing. Erwin Tinhof (ÖVP), Dir. Hermann Höld (ÖVP) und Günter Kovacs (SPÖ), die Gemeinderäte DI Reinhard Schweifer (ÖVP), Angela Fleischhacker (ÖVP), Mag. Josef Mayer (ÖVP), Barbara Riedl (ÖVP), Thomas Haenlein (ÖVP), Johann Wagner (ÖVP), Josef Zechmeister (ÖVP), Johann Skarits (ÖVP), wHR DI Richard Höbaus (ÖVP), Elisabeth Leeb (ÖVP), Andrea Zänglein (ÖVP), Josef Weidinger (ÖVP), Gabriele Reisner (ÖVP), Elmar Benedek (SPÖ), Mag. Dr. Richard Mikats (SPÖ), Peter Hutap (SPÖ), Hans-Wolfgang Sorger (SPÖ), Ing. Norbert Hofer (FPÖ), Mag. Yasmin Dragschitz (Grüne), Frau Christine Schuber und Magistratsdirektor Senatsrat Dr. Walter Horvath zugleich als Schriftführer.

Entschuldigt waren: Gemeinderat Dr. Gottfried Csanyi (Grüne), Walter Laciny (ÖVP)

Die Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest und bestellt die Gemeinderäte Andrea Zänglein und Hans-Wolfgang Sorger zu Beglaubigern dieser Niederschrift.

Verhandlungsschrift vom 24.01.2007, Genehmigung

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Verhandlungsschrift vom 24.01.2007 unterfertigt und beglaubigt für die Mitglieder des Gemeinderates zur Einsicht aufgelegt wurde. Da hierüber keine Einwendungen erfolgten und auch keine Wortmeldungen vorliegen, trifft sie die Feststellung, dass die Verhandlungsschrift vom 24.01.2007 einstimmig genehmigt wurde.

1. Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitglieds

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Magistratsdirektor Dr. Walter Horvath das Wort und dieser erstattet folgenden

Bericht

Frau Gemeinderat Gerda Ringhofer hat mit Schreiben vom 26. Jänner 2007 mitgeteilt, dass sie ihr Mandat als Mitglied des Gemeinderates der Freistadt Eisenstadt zurückgelegt. Die Zurücklegung des Mandates ist mit dem Einlangen am 29. Jänner 2007 wirksam geworden.

Die Ersatzmitglieder der SPÖ,

Dr. Werner Krischka	(Reihung 8)
Ing. Edmund Karner	(Reihung 9)
Thomas Hottwagner	(Reihung 10)
Wolfgang Edelhofer	(Reihung 11)

haben die Berufung auf dieses Mandat abgelehnt.

Die Bezirkswahlbehörde der Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 02.02.2007 einstimmig beschlossen, Frau Christine Schubert, geb. am 23.05.1973, wohnhaft in 7000 Eisenstadt, Bahnstraße 8/4, auf das frei gewordene Mandat zu berufen.

Magistratsdirektor Dr. Walter Horvath bittet Frau Christine Schubert vorzutreten. Er verliest die Angelobungsformel und Frau Christine Schubert leistet die Angelobung in die Hand der Frau Bürgermeisterin.

2. Gemeinderatsausschüsse und Vertretung der Stadt in anderen Organisationen, Änderungen, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Gemeinderat Elmar Benedek das Wort. Dieser stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt beschließt nachfolgende Änderungen in den Gemeinderatsausschüssen und in den Vertretungen der Stadt in anderen Organisationen (Beilage A).

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

3. Generationenzentrum, Errichtung, Grundsatzbeschluss, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Gemeinderat Johann Wagner das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Eisenstadt ist eine aufstrebende wachsende Stadt mit einer im Österreich-Vergleich überdurchschnittlichen Bevölkerungsdynamik. Seit der letzten Volkszählungsdekade (1991 – 2001) ist unsere Stadt um rund 10 % - im Vergleich dazu die Wohnbevölkerung Österreichs nur um rund 3,5 % - gewachsen. In der halben Zeit – von 2001 bis 2006 – hat unsere Stadt wieder um 1.079 Hauptwohnsitze und somit 9,5 % Bevölkerung zugenommen.

Eisenstadt hat das Glück, dass auf Grund seiner Zuwanderung – es sind meist junge Familien, die hier auch Arbeit finden und die hohe Lebensqualität schätzen – die Entwicklung in die richtige Richtung geht. Die Familien sind die Zukunftsversicherung einer lebendigen Gemeinde und haben gravierende Auswirkung auf die Sozial- und Bildungsstruktur.

Aber auch die Zahl der älteren Menschen, die ihre Pension genießen möchten, nehmen immer mehr zu. Wir haben es heute nicht mehr mit „den Alten“ zu tun, sondern mit einer vielfältigen und bunten Seniorengesellschaft. Die neuen Alten sind fit, mobil, aktiv und längst nicht mehr von gestern. Die neue Generation der Senioren ist reiselustig und konsumfreudig.

Man muss sich dagegen wehren, Menschen im beruflichen Ruhestand zum „alten Eisen“ zu stempeln. Unser Ziel sollte es sein, die jungen Senioren vermehrt für ehrenamtliches Engagement anzusprechen. Mit der „späten Freiheit“ sollte die gesellschaftliche Verpflichtung für Bildung, Hilfe, Gesundheit und Pflege nicht einfach verschwinden.

Unter diesem Gesichtspunkt wird das Generationenzentrum im Bereich der Ried Kirchäcker, eine ganz besondere Herausforderung für das Zusammenleben der Generationen und die weitere innovative Entwicklung in Eisenstadt sein.

Im neuen und zentrumsnahen Stadtteil Kirchäcker besteht die einmalige Gelegenheit ein Viertel der Generationen zu schaffen. Es wird ein Miteinander aller Generationen geben. Kindergartenkinder und alte Menschen sollen gemeinsam Zeit verbringen, das Miteinander soll für beide Seiten ein Gewinn sein. Für Kinder, die dadurch z.B. auch alte Bräuche und Lieder kennen lernen, und für ältere Menschen, die eine sinnvolle und auf jeden Fall aufmunternde Beschäftigung haben.

Ein wichtiges Thema in einer alternden Gesellschaft mit wachsender Zahl an Single-Seniorenhaushalten ist die gesellschaftliche Einbindung der älteren Menschen. Mitten im Generationenzentrum soll gemeinsam mit Wohnbauträgern, sowohl Betreutes Wohnen, als auch ein Sozialzentrum für die mobilen Pensionisten und auch für unsere Familien-Angebote, wie z.B. Mutterberatung und Spielzwerge geschaffen werden.

Die Freistadt Eisenstadt ist in der glücklichen Lage, dass sie – entgegen dem allgemeinen Trend - einen rasanten Bevölkerungszuwachs aufweisen kann.

Die demographischen Veränderungen in der Stadt erfordern Weichenstellungen für eine nachhaltige, zukunftsfähige Infrastruktur- u. Raumplanung. Es muss eine kostensparende und soziale Infrastruktur gewährleistet werden.

Den veränderten gesellschaftlichen Anforderungen ist Rechnung zu tragen.

Synergien im Zusammenleben von Jung und Alt und die Fähigkeiten der jeweiligen Generationen sind zu nutzen, mit dem Ziel der Steigerung der Lebensqualität.

Das Generationenzentrum im Ried Kirchacker soll diesen Anforderungen gerecht werden und Raum bieten für:

- 1.) Pflegeheim
- 2.) Tagesbetreuung von pflegebedürftigen Senioren
- 3.) Kurzzeitpflege für Senioren
- 4.) Betreutes Wohnen
- 5.) Kinderkrippe
- 6.) Kindergarten
- 7.) Haus der Generationen mit seinen Multifunktionsräumen,
die genutzt werden als Ort für
 - a) Kleinkinder: Mutterberatung
Spielzwerge
 - b) Kinder Kreativtage
Ferienspiel
Literarische und musikalische Veranstaltungen
 - c) Familien Erziehungskurse
Informationsabende (Kinder, Partner u. Gemeinschaft)
 - d) Erwachsene Seminare, Workshops, Kurse
Kreativität
 - e) Senioren Seniorencafe
Senioreninfos
Dienstleistungshilfen
Kurse, Seminare u. Workshops
 - f) Gesundes Eisenstadt
Vorträge
Seminare
Kurse

Aufgabe des Hauses der Generationen wird sein auf die Angebote anderer Anbieter hinzuweisen und als Animator zu fungieren.

Die Mitglieder des Sozialausschusses stellen folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt fasst den Grundsatzbeschluss zur Schaffung eines Generationenzentrums im Ried Kirchäcker, bestehend aus einem Pflegeheim, einer Tagesbetreuungseinrichtung für pflegebedürftige Senioren, einer Wohnhausanlage für betreutes Wohnen, einem Kindergarten, einer Kinderkrippe und einem Haus der Generationen.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

4. Prostitutionsverbotsverordnung, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Gemäß § 6 Abs.1 des Bgld. Landes-Polizeistrafgesetzes wird vom Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt verordnet:

§ 1

Zum Schutze der Nachbarschaft vor unzumutbarer Belästigung und aus öffentlichem Interesse, insbesondere wegen der Ruhe, Ordnung und Sicherheit und des Jugendschutzes, ist die Anbahnung und Ausübung der Prostitution im Bauland Wohngebiet (BW) und im Bauland Dorfgebiet (BD) sowie in einer Entfernung von 60 m zur jeweiligen Widmungsgrenze in den Katastralgemeinden Eisenstadt, Oberberg-Eisenstadt, Unterberg-Eisenstadt, St. Georgen und Kleinhöflein der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt verboten.

§ 2

Wer entgegen § 1 die Prostitution im Verbotsbereich ausübt oder als Eigentümer (Miteigentümer) oder Verfügungsberechtigter über Gebäude oder Gebäudeteile die Ausübung der Prostitution zulässt, begeht eine

Verwaltungsübertretung und ist von der Bundespolizeidirektion Eisenstadt mit Geldstrafe bis zu €7.300,-- im Falle der Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe bis zu vier Wochen zu bestrafen.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

5. Feldschutzverordnung, Änderung, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Gemeinderat Josef Zechmeister das Wort. Dieser erstattet folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Bezugnehmend auf den Antrag vom 8.9.2006 hat der Agrarausschuss am 14.12.2006 beschlossen folgenden Beschlussantrag an den Gemeinderat zu stellen:

Eigentümer oder Nutzungsberechtigte brachliegender landwirtschaftlicher Grundflächen haben an diesen Grundflächen mindestens einmal jährlich, spätestens aber bis zum 15. Juli, Pflegemaßnahmen (Mähen, Häckseln, Mulchen etc.) durchzuführen.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

6. Feiersteigweg, Jacob-Rauschenfels-Gasse und Paul Koller-Gasse, Geschwindigkeitsbeschränkung 30 km/h Zone, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Gemeinderat Johann Skarits das Wort.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

VERORDNUNG

Gemäß § 43 Abs. 1 lit.b Ziffer 1 in Verbindung mit § 94d StVO 1960 wird vom Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt verordnet:

§ 1

Für den Bereich des Feiersteigweges – beginnend Kreuzung Glorietteallee bis zum Ende der Wohnsiedlungen, für die Jacob Rauschenfels – Gasse und die Paul Koller - Gasse, wird eine Zonenbeschränkung „Geschwindigkeitsbeschränkung 30“ erlassen.

§ 2

Die Verordnung tritt mit der Aufstellung der entsprechenden Verkehrszeichen gemäß § 52 Ziffer 11a und 11b StVO 1960 in Kraft.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

7. Geschwindigkeitsbeschränkung 30 km/h Zone Erweiterung, Innenstadt, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Gemeinderat Johann Skarits das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt hat in seiner Sitzung am 12.12.2006 in der Innenstadt eine 30 km/h Zone eingerichtet. Aufgrund verkehrsplanerischer Maßnahmen bzw. zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bzw. zur Beruhigung des innerstädtischen Verkehrs soll diese 30 km/h Zone I auf die nachfolgende Straßenzüge erweitert werden: Sankt Rochus-Straße beginnend bei der Kreuzung St. Antoni-Straße bis zur ONr. 30 (Fahrschule Juhasz), Josef Joachim-Straße, Josef Reichl-Gasse, Bahnstraße, Gartengasse, Kirchäckergasse, Wormser Straße, St. Martin-Straße.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden Beschlussantrag:

BESCHLUSSANTRAG

Innere Stadt - Geschwindigkeitsbeschränkung 30 km/h - Erweiterung

V E R O R D N U N G

Gemäß § 43 Abs. 1 lit.b Ziffer 1 in Verbindung mit § 94d StVO 1960 wird vom Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt verordnet:

§ 1

Für den gesamten Bereich der Innenstadt – St. Rochus-Straße beginnend bei der Kreuzung St. Antoni-Straße bis zur ONr. 30 (Fahrschule Juhasz), Josef Joachim-Straße, Josef Reichl-Gasse, Bahnstraße, Gartengasse, Kirchäckergasse, Wormser Straße, St. Martin-Straße, wird eine Zonenbeschränkung „Geschwindigkeitsbeschränkung 30 km/h“ gemäß § 52/11 a und Ziffer 11 b StVO 1960 verordnet.

§ 2

Die Verordnung tritt mit der Aufstellung der entsprechenden Verkehrszeichen gemäß § 52 Ziffer 11a und 11b StVO 1960 in Kraft.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

8. Untere Kirchtaläcker West, Teilbebauungsplan, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Gemeinderat Johann Skarits das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Die Firma A.I.R. Kommunal- und Regionalplanung GmbH, Eisenstadt, hat den Teilbebauungsplan für die Unteren Kirchtaläcker West, KG. Eisenstadt, erstellt.

Der Teilbebauungsplan Untere Kirchtaläcker West, KG. Eisenstadt, wurde vom 30.10.2006 bis 27.12.2006 zur allgemeinen Einsicht (Beilage A) aufgelegt.

Das Amt der Burgenländischen Landesregierung wurde von der beabsichtigten Aufstellung des Teilbebauungsplanes Untere Kirchtaläcker West in Kenntnis gesetzt. Innerhalb der Auflagefrist wurden keine Erinnerungen eingebracht.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

BESCHLUSSANTRAG

V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt vom 08.02.2007, TOP 8, mit der ein Teilbebauungsplan für das Planungsgebiet „Untere Kirchtaläcker West,“ erlassen wird

Aufgrund der §§ 21 bis 23 des Bgld. Raumplanungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1969, in der geltenden Fassung, wird verordnet:

§ 1 Geltungsbereich

(1) Der Teilbebauungsplan legt die Einzelheiten der Bebauung für das Gebiet „Untere Kirchtaläcker, KG Eisenstadt, fest. Die detaillierte Abgrenzung des Planungsgebietes ist aus dem beiliegenden Teilbebauungsplan, Plan Nr. 0546-f-B, welcher einen integrierenden Bestandteil dieser Verordnung bildet, ersichtlich.

§ 2 Bebauungsweise, Baulinien

(1) Die Bebauungsweise und die Baulinie sind dem beiliegenden Plan Nr. 0546-f-B zu entnehmen.

(2) Die Errichtung von Nebengebäuden im Bereich zwischen der hinteren Baulinie und der hinteren Grundstücksgrenze ist zulässig.

§ 3 Gebäudehöhe, Firsthöhe

(1) Die Gebäudehöhe und die Firsthöhe sind dem beiliegenden Plan Nr. 0546-f-B zu entnehmen.

(2) Das angrenzende Gehsteigniveau (Nullniveau) oder, wenn kein Gehsteig vorhanden, das Straßenniveau, von der Mitte des Hauptgebäudes senkrecht zur Straße gemessen, ist durch einen Zivilgeometer vor Ort abzustecken und im Einreichplan einzutragen.

§ 4 Allgemeine Bestimmungen über die äußere Gestaltung der Gebäude

A) Dächer

(1) Es sind sämtliche Dachformen mit Neigungen bis 45° zulässig.

(2) Als Farbgebung der Dachdeckung sind rote, braune, graue und schwarze Farben bzw. Materialien zulässig.

(3) Eine Begrünung der Dächer ist zulässig.

B) Äußere Gestaltung der Baulichkeiten

(4) Das Anbringen von baubehördlich genehmigungspflichtigen Sonnenkollektoren und Photovoltaikerelementen auf nach Süden gerichteten Fassadenteilen ist zulässig.

(5) Die Anbringung von Reklamen auf Dächern, Häuserwänden und dergleichen ist ausschließlich im Falle von Versorgungsbetrieben zulässig.

(6) Die Farbgebung der Gebäude ist an die Gesamterscheinung des Planungsgebietes anzupassen..

C) Stellplätze

(7) Es sind mindestens zwei befestigte Kfz-Stellplätze auf Eigengrund vorzusehen, wovon zumindest einer uneingefriedet zur Straße auszuführen ist.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit dem ersten Tag ihrer Kundmachung in Kraft.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

9. Söls Gabriele (Industriestraße) – Grundverkauf, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Die Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt verkauft auf Grund des Ansuchens von Frau Gabriele Söls vom 13.2.2006 Teilflächen von den Grundstücken Nr 3153/24 sowie Nr. 3153/45. Es wurde ein Kaufpreis in Höhe von € 50,- pro m² vereinbart. Frau Gabriele Söls übernimmt die Kosten für die Rodung der zu erwerbenden Grundstücksflächen in Höhe von € 6.500,- + Ust.

BESCHLUSSANTRAG

Grundverkauf

Die Freistadt Eisenstadt verkauft auf Grund des Ansuchens vom 13.2.2006 folgende Teilstücke aus der EZ. 8, KG. Eisenstadt, zum Preis von €50,- pro m², das sind insgesamt € 81.050,- an Frau Gabriele Söls, Am Kreuzberg 1, 7053 Hornstein:

Fig.	vom Grst Nr.	m ²	KG	Einbeziehung in das Grst.Nr.
1	3153/24	530	Eisenstadt	3153/23
2	3153/45	383	Eisenstadt	3153/23
3	3153/24	430	Eisenstadt	3153/32

4	3153/45	<u>278</u>	Eisenstadt	3153/32
		1.621		

Die Vertragserrichtung wird vom Käufer durchgeführt.

Sämtliche mit diesem Verkauf in Zusammenhang stehenden Kosten gehen zu Lasten des Käufers.

Die Einnahme ist unter Ansatz 6/840+001 zu verbuchen.

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gemäß § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

b) Grundübertragung – EZ 8

Innerhalb der Grundstücke der EZ 8, KG. Eisenstadt werden lt. Teilungsplanes GZ: 12372/06 vom 20.11.2006 der Ingenieurkonsulenten Dipl. Ing. Helmut Jobst und Dipl. Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Änderungen vorgenommen:

Fig.	Grundst.Nr.	m ²	Abfall zu Grundstück Nr.
5	3153/24	95	3153/45

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

10. BEWAG – Sondernutzungszustimmung, Verlegung von Hochspannungskabel und Leerrohre im Bereich Untere Kirchtaläcker West, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser erstattet folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Die Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt stimmt der vorliegenden Sondernutzungszustimmung über die Verlegung von Hochspannungskabel und Leerrohre auf dem Grundstück Nr. 606, EZ 13, KG. Kleinhöflein, im Bereich Untere Kirchtaläcker West gemäß Beilage A zu.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

11. Bgld. Rettungsgesetz – Vertrag mit dem Roten Kreuz, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser erstattet folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt den Vertrag, abgeschlossen zwischen dem „Österreichischen Roten Kreuz“, Landesverband Burgenland und der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt zum Zwecke der Erfüllung der Aufgaben des örtlichen Rettungsdienstes lt. Beilage B.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

12. Prüfungsausschuss, Bericht

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Mag. Dr. Richard Mikats, Obmann des Prüfungsausschusses, das Wort, welcher den Bericht über die 4. Sitzung vom 22.11.2006 vorträgt. Die Niederschrift über diese Sitzung bildet einen Bestandteil dieses Protokolls.

Die Vorsitzende stellt fest, dass eine Äußerung des Kassenführers Mag. Michael Lebeth vom 13.12.2006 vorliegt, die folgenden Wortlaut hat: „Dem Bericht des Prüfungsausschusses vom 22.11.2006 habe ich nichts hinzuzufügen.“

Gemäß den Bestimmungen des § 76 Abs. 7 des Eisenstädter Stadtrechtes nimmt hierauf die Bürgermeisterin den Bericht zur Kenntnis. Gleichzeitig dankt sie dem Obmann und den Mitgliedern des Prüfungsausschusses für die durchgeführte Kontrolltätigkeit.

13. Allfälliges

Die Vorsitzende stellt fest, dass eine Wortmeldung von Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz vorliegt. Sie erteilt ihr das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrte Anwesende! Wie bereits bei TOP 3 und TOP 6 gesagt wurde, ist die Verkehrsplanung bei vielen Projekten in Eisenstadt, aus meiner Sicht, ein wunder Punkt. Mit meinen Bedenken auf notwendige Verkehrsanbindungen stehe ich, wie ich in den letzten Wochen entnommen habe, nicht alleine da. Im Bereich Kirchäcker wurde damit begonnen das Siedlungsgebiet zu erschließen, mittlerweile sind schon Wohnungen dort. Schlussendlich sollen dort bis zu 3000 Personen wohnen und uns allen, damit nehme ich mich auch nicht aus, ist beim Beschluss, dieses Gebiet zu besiedeln, ein großer Fehler unterlaufen. Man hat Siedlungen gebaut und sich aber keine Gedanken darüber gemacht, wie man den Anrainerverkehr dort Herr wird. Die Tatsache, dass dort eine ordentliche Verkehrsplanung für die Zu- und Abfahrt in diesem Gebiet vergessen wurde, kommt der Gemeinde und mittlerweile auch dem Land teuer zu stehen. Wir brauchen Geld, Geld für einen Kreisverkehr vor der Wirtschaftskammer, Geld für den Ankauf von Flächen im Bereich der Krautgärten, wir brauchen Geld für einen Kreisverkehr vor dem Finanzamt und wir brauchen Geld, um Leute ihr Haus abzukaufen damit ein Kreisverkehr überhaupt gebaut werden kann. Von intelligenter Verkehrsplanung ist in diesem Gebiet weit und breit keine Spur. Ich befürchte, dass man sich bis jetzt noch keine Gedanken gemacht hat, wie man wirklich die Zu- und Abfahrt zum Generationenzentrum gestalten wird. Darüber hinaus setzt man in dieses hochsensibles Gebiet weitere Verkehrserreger, zum Beispiel das Generationenzentrum, das Ärztezentrum, und das Parkdeck in der Feldgasse. Das ist einfach keine durchdachte Verkehrspolitik. In Eisenstadt tut man immer so, als ob die 10 % Zuwachs der Bevölkerung, auf die wir alle sehr stolz sind, nicht mit den Autos anreisen, sondern mit fliegenden Teppichen. Das heißt, fliegende Teppiche brauchen keine Strassen und brauchen keine Parkplätze, also müssen wir es auch nicht einplanen. Als Beispiel für die falsche Verkehrspolitik der Gemeinde möchte ich über diese neueste Variante sprechen, die zur Lösung der Verkehrsproblematik bei den Siedlungen auf dem Ried-Kirchäcker im Raum steht. Bei einer Gemeinderatssitzung im vorigen Jahr sollte der Beschluss zur Errichtung einer Stichstrasse, von der Lobzeile Richtung Wohngebäude am Ried - Kirchäcker, also Richtung Feldstrasse, gefasst werden. Zahlreiche Bewohner und Bewohnerinnen dieser Häuser waren damals anwesend und so wurde dieser

Beschluss vertagt. Seit damals gibt es ein Mediationsverfahren, natürlich ohne Einbindung der anderen politischen Parteien, bei dem man an einer Lösung gearbeitet wird. Nachdem die Idee der Stichstrasse bei den Anrainern und Anrainerinnen offenbar nicht auf sehr große Gegenliebe gestoßen ist, hat man nun eine neue Idee ausgeheckt. Man möchte den Anrainerverkehr, der vielleicht auch noch durch den zusätzlichen Verkehr durch das potentielle Parkdeck verstärkt wird, durch die Michael-Mayr-Gasse ableiten. Die Feldstrasse wird zur Einbahnstrasse, dafür wird die Einbahnregelung, ich habe mich beim Herrn Baudirektor Leinner erkundigt, bei der Michael-Mayr-Gasse umgedreht und bei deren Ende eine Verkehrsampel hingesezt. Jeder der schon einmal die Michael-Mayr-Gasse entlanggegangen bzw. entlanggefahren ist, kann sich wahrscheinlich vorstellen, was das dort bedeutet. Aus einer wenig befahrenen Strasse wird eine Verkehrshölle, sprich Autolärm, Abgase, Kolonnen vor der Türe die sich bis auf die Feldstrasse hinaus stauen werden. Ich frage mich wirklich, wer sich so was ausdenkt? Es ist notwendig Varianten für dieses Gebiet auszuarbeiten, sogar mehrere Varianten, aber diese Variante kann wohl wirklich nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Tatsache ist, dass habe ich gehört, den Bewohnern der Michael-Mayr-Gasse schon vor längerem die Umwandlung dieser Strasse in eine Wohnstrasse in Aussicht gestellt wurde und davon ist jetzt keine Rede mehr. Ich möchte bei der nächsten Sitzung rechtzeitig einen Antrag einbringen, dass die Michael-Mayr-Gasse tatsächlich einmal in eine Wohnstrasse umgewandelt wird. Man kann auch nicht ernsthaft glauben, dass der ganze Verkehrsfluss aus diesem Gebiet wirklich durch dieses Nadelöhr sich ausfädeln lässt. Ich denke mir, dass wäre etwas für die nächste Bauausschusssitzung. Dieses gesamte Wohngebiet dort, auch später beim Bau des Generationenzentrums, ist eine verkehrsplanerische Herausforderung. Ich habe den Eindruck, dass sich im gesamten Magistrat nur ein einziger Beamter mit der Verkehrsplanung in diesem Gebiet beschäftigt. Ist das korrekt?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es ist nicht ein einziger Beamte, Kollegin Dragschitz! Es wird im Moment an verschiedensten Varianten gearbeitet. Das Mediationsverfahren ist im Gange, es wird selbstverständlich, nachdem ich das gehört habe, die anderen Parteien genauso darüber informiert werden. Wie es jetzt läuft, wurde mit den verschiedensten Parteien ausgemacht.“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ist das mit der SPÖ ausgemacht worden?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Nein, mit den Anrainern ist der Verlauf, wie er jetzt ist, so besprochen und ausgemacht worden.“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Wie ist das jetzt? Mit welchen Anrainern ist das jetzt besprochen und ausgemacht? Ich dachte, dass noch nichts ausgemacht worden ist?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Wie das Mediationsverfahren laufen wird!“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ah so! Nicht die Varianten? Okay, aber Tatsache ist trotzdem, dass hier das wichtigste Stadterweiterungsprojekt der letzten Jahrzehnte gerade im Gange ist und dass sich meiner Meinung nach wenige Menschen mit diesem Projekt von Seiten der Gemeinde beschäftigen. Gerade jetzt wo sich herauskristallisiert hat, dass in der heiklen Situation einfach diese berechtigten Bedürfnisse der Anwohner dort, das sind ja mittlerweile mehr, das ist ja nicht mehr nur die Antoni-Strasse, das sind die Leute in den Wohnungen, das sind die Leute in der Michael-Mayr-Gasse, aber auch die Leute in der Lobzeile, die ja auch durch den zu erwartenden Verkehr belastet werden. Diese ganzen Umstände machen eine einfache Verkehrslösung nicht mehr möglich. Ich möchte das nochmals auf 3 Punkte zusammenfassen.

1. Wir sind gegen den Bau eines Parkdecks, um eben nicht noch weiteren Verkehr in dieses sensible Gebiet, mitten in der Stadt, hineinzuziehen und man dann nicht mehr weiß, wie man diesen Verkehr wieder aus diesem Gebiet hinaus fließen lässt.
2. Keine Einbahnlösung wie sie jetzt für die Feldgasse und für die Michael-Mayr-Gasse vorliegt, stattdessen eine Umwandlung der Michael-Mayr-Gasse. Es ist eine Variante, die sehr wohl ernsthaft diskutiert werden muss. Unsere

Positionen dazu sind, dass diese Variante indiskutabel ist. Aus unserer Sicht keine Variante, die der Realität entspricht.

3. Die Einbeziehung zusätzlicher Experten und Expertinnen zur Erstellung einer vernünftigen und anrainergerechten Verkehrslösung im Bereich Ried-Kirchäcker, welche das gesamte Gebiet inklusive Generationenzentrum miteinbezieht.

Ich vermisse diesen gesamtheitlichen Anspruch, wie gesagt, wir haben uns alle an der Nase zu nehmen, dass es überhaupt soweit gekommen ist. Wir haben jetzt deshalb mehr Verantwortung, dass diese Situation so gelöst wird, dass wir wirklich für alle Anrainer zur einer halbwegs praktikablen Lösung kommen. Mir ist schon klar, dass man dort ohne Verkehr nicht auskommen wird. Tatsache ist, so wie es jetzt aussieht, dass man sich einfach von einer Variante zur nächsten Variante weiterhandelt. Je größer der Widerstand ist, desto eher besteht die Möglichkeit, dass die nächste Variante gewählt wird und dann wartet man ab, wer sich dort wieder dagegen ausspricht. Danke!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Kollegin Dragschitz, erinnerst du dich vielleicht noch an meine Wortmeldung zur Grundsatzentscheidung Generationenzentrum, wo ich sagte, dass an den Verkehrslösungen gearbeitet wird und alle betroffenen Anrainer informiert und eingebunden werden. Ich verstand hier ihre Forderung nicht ganz. Dein Interesse freut mich sehr und ich habe letztes Mal schon gesagt, dass du jederzeit willkommen bist. Ich freue mich, wenn wir uns dann unten im Büro unterhalten, unter Einbindung von Experten. Danke.“

Gemeinderat Ing. Norbert Hofer:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Viele der Probleme in Eisenstadt, die den Verkehrsbereich anbelangen, können nicht schlüssig gelöst werden, solange wir nicht wissen, was mit der Bahnanbindung passiert. Das heißt, dass es für uns eine wichtige Aufgabe ist, wir haben eine neue Bundesregierung, so schnell wie möglich von dieser neuen Bundesregierung und vom zuständigen Minister eine klare Antwort darauf zu bekommen, wie es mit dem Bahnhof Eisenstadt weitergeht, wie wird die Anbindung erfolgen, dann können wir auch dort eine Park & Ride-Anlage errichten und das bedeutet auch eine Entlastung

für die Parkplätze in der Innenstadt und für den Verkehr in der Innenstadt. Wir haben das Glück, aus der Sicht von Eisenstadt, dass sich die Bundesregierung aus den gleichen Farben zusammensetzt, wie der Stadtsenat in Eisenstadt, das heißt, es müsste möglich sein für Eisenstadt aufgrund dieser Zusammensetzung doch einiges zu erreichen. Das dazu, weil die Kollegin Dragschitz wirklich Probleme aufgezeigt hat, die für die Stadt sehr wesentlich sind.

Mein Anliegen ist heute ein anderes. Ich glaube, dass unter einer matriarchalischen Führung der Stadt und des Gemeinderates einige Themen mehr im Vordergrund stehen werden, als das bisher der Fall war und ich möchte daher die Innenstadt ansprechen. Früher war es so, dass man in die Innenstadt gegangen ist, um zu arbeiten, heute will man dort seine Freizeit verbringen, man will einkaufen, ein Kaffeehaus besuchen und wenn man Kinder hat, geht man mit den Kindern in die Stadt. Wir haben uns deshalb im heurigen Jahr vorgenommen, in der Innenstadt einen Kinderspielplatz zu errichten. Ich glaube, dass das eine ganz wesentliche Maßnahme ist, weil dann die Eltern Zeit haben die Geschäfte zu besuchen. Ich bin davon überzeugt, dass die Betreiber der Geschäfte in der Innenstadt auch bereit sind gemeinsam eine Kinderbetreuung zu organisieren, vielleicht an Freitagnachmittagen oder an Samstagen. In Kombination mit Schließfächern kann man den Besucher, dem Kunden in der Innenstadt das auch anbieten, was in den Einkaufszentren angeboten wird, nämlich Freizeitvergnügen und auch stressfreies Einkaufen und auch Vergnügen für die Kinder. Meine Frage wäre jetzt, wie weit sind wir mit den Vorbereitungsarbeiten für diesen Kinderspielplatz und gibt es bereits einen konkreten Zeitpunkt, wann man dort das erste Mal die Schaukel benutzen kann?“

Stadtrat Dipl.-Ing. Erwin Tinhof:

„Herr Kollege Hofer, ich darf darüber als Mitglied des Stadtrates kurz berichten. Wir hatten letzte Woche eine Besprechung mit Mitarbeitern der Bauabteilung, die sich diesbezüglich schon mit einschlägigen Firmen auseinandergesetzt haben. Es gibt einige Varianten, die hier geprüft werden, es geht um sehr viele Schutzmaßnahmen für Geräte, die dann aufgestellt werden können und auch sollen. Es geht auch um die Frage des Standortes, der natürlich auch verkehrstechnisch für andere Angelegenheiten, die in der Fußgängerzone in Zukunft abgehalten werden sollen oder auch schon abgehalten worden sind, wie zum Beispiel das Stadtfest, dass das koordiniert werden sollte. Ich glaube, dass diese Maßnahmen die da gesetzt werden

und auch die Angebote, die eingeholt werden, müssen noch auf die Machbarkeit überprüft werden. Den Zeitrahmen kann ich im Moment nicht definitiv sagen, aber ich gehe davon aus zu Beginn oder Ende des Frühlings. Ich muss dazu aber sagen, zeitlich und nicht temperaturmäßig gesehen, wird es soweit sein, dass die behördlichen Genehmigungen einerseits aber auch alles Technische soweit fertig sind, dass wir das umsetzen können. Ich glaube, dass wir bis April/Mai, spätestens bis Ende Juni hier mit diesen Möglichkeiten dann in der Fußgängerzone die Kinder, aber vor allem auch die Eltern beglücken können.“

Vizebürgermeister Heinz Mock:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Es freut mich ganz besonders, dass hier eine Diskussion angesprochen wurde, die schon längst überfällig war, nämlich die Verkehrssituation in Eisenstadt. Wir diskutieren meistens im Ausschuss, vielleicht war es auch letzte Woche eine Anregung über ein paar Berichte, die die Südumfahrung betreffen, welche bereits von Dr. Prinke vor 15 Jahren gefordert worden sind. Wenn die Gemeinde damals schon aktiv geworden wäre, hätten wir schon einen Teil davon. Dass das mit der Bahnlinie zusammenhängt, da gebe ich dir nicht ganz Recht, obwohl ich natürlich auch deiner Meinung bin, dass wir sehr aktiv auf Bundesebene und auch auf Landesebene weitermachen müssen, dass wir den dementsprechenden Bahnanschluss, wie auch den Bahnhof, bekommen. Das muss gemeinsam gemacht werden, das steht außer Frage. Trotz allem sollten wir diese Umfahrung südlich der Bahn einmal mit dem Land besprechen. Man kann nicht hier nach vorne kommen und sagen, zuerst sanieren wir die jetzige B 50 Antoni-Strasse mit Kreisverkehr usw., lassen alles hier erneuern, und lassen uns dort dementsprechende Kreuzungen hinbauen. Das Land wird das auch machen, nur dann können wir nicht mehr auf das Land zugehen und sagen, dass wir eine Südumfahrung brauchen. Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg ist, zuerst muss man verhandeln, was kann von wem übernommen werden. Ich biete gerne meine Zusammenarbeit an. Ich habe dies auch dementsprechend in der Presseaussendung angeboten und ich glaube, dass wir gemeinsam einen Termin nehmen können. Man sollte von der Gemeinde aus und hier spreche ich dich, Frau Bürgermeister an, einen Kontakt aufnehmen. Ich weiß, dass der Vorgänger auch Kontakt aufgenommen hat, es aber nicht bis zu mir durchgedrungen ist, dass etwas dabei rausgekommen ist. Die Information uns gegenüber war dabei schlecht oder es ist einfach nicht zu einem Ergebnis

gekommen. Wir sollten das gemeinsam angehen, um die Verkehrssituation gerade jetzt bei der Kirchacker West, wo nicht nur das Generationenzentrum sondern auch am Eckpunkt ein richtiger Verkehrsknotenproblematikpunkt ist. Das heißt, bei der Ausfahrt Wifi, wo ein Ärztezentrum hinkommen soll. Ich möchte gleich bei dem Punkt bleiben. Ich finde es eine absolut tolle Sache, dass wir ein Ärztezentrum bekommen, nur ist die große Frage, ob wir hier als Gemeinde noch Möglichkeiten haben, Einfluss zu nehmen, in der Richtung, dass dieses Ärztezentrum an dieser Stelle, in dieser Größenordnung, wie es geplant ist, gebaut werden soll. Die Anrainer sind nicht sehr glücklich darüber, ich glaube, dass es noch Gespräche geben sollte. Jetzt zu meiner Frage an dich Frau Bürgermeister.

1. Gibt es noch eine Möglichkeit der Gemeinde hier Einfluss zu nehmen?
2. Ist bereits das ganze Baugebiet für dieses Projekt von der Gemeinde als Bauland freigegeben oder gibt es hier noch die Möglichkeit auf gewisse Bauhöhen Einfluss zu nehmen?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Zum Ärztezentrum, lieber Vizebürgermeister, weißt du, dass das ein schwebendes Verfahren ist und dass wir das hier so nicht diskutieren können. Ich kann dir nur versichern, dass sowohl die Rechte der Anrainer, auf die peinlichst genau geachtet werden wird, genauso wie der Bauträger. Es wird alles äußerst genau kontrolliert, ich habe auch schon mit den Anrainern Gespräche geführt. Ich sehe mich hier als Vermittlerin zwischen den verschiedenen Parteien und werde diese Gespräche sicher auch weiterführen. Du hast auch das Thema Südumfahrung angesprochen, die auch in den Medien jetzt schon besprochen wurde. Ich habe es dir auch schon vorhin gesagt, dass Herr Bürgermeister Nemeth mit dem Herrn Landeshauptmann sehr wohl Gespräche geführt hat. Es ist hier auch die Südspange herinnen, es geht darum, wie weit sich das Land beteiligt, weil es nicht um städtischen Verkehr geht, sondern um einen überregionalen Verkehr. Es ist erfreulich, wenn du dich Miteinbringen willst. Ich werde die Gespräche mit dem Herrn Landeshauptmann weiter suchen und ich bin davon überzeugt, dass nur gemeinsam Lösungen gefunden werden können und dass auch das Land diese überregionale Bedeutung dieser Südumfahrung erkennen wird. Wir sehen jetzt schon eine gewisse Südumfahrung, die Autobahn, die damals unter einen Wirtschaftsminister Graf errichtet wurde, einem Burgenländer der sich sehr dafür eingesetzt hat, dass im

Burgenland etwas geschieht und ohne diese Autobahn, die damals sehr belächelt wurde, wäre die Verkehrssituation in Eisenstadt eine wesentlich schlimmere, denn wir haben 10.000 Autos pro Tag dort. Die Autobahn ist natürlich nicht für jeden eine Lösung, aber sie führt schon zu einer großen Entlastung. Ich hoffe, dass man wirklich einmal mit der Bahn nach Eisenstadt fährt. Ich kann mich nur dem Gemeinderat Hofer anschließen, ich hoffe, dass es nicht nur zu Pressefotos kommen wird, sondern dass wir wirklich hinfahren. Für mich gehört die Situierung eines Park & Ride Platzes, wo der sein wird, ist auch ein wichtiger Punkt in einem Verkehrskonzept für unsere Stadt.“

Vizebürgermeister Heinz Mock:

„Ich glaube, als kurzfristige Lösung könnten wir noch Verhandlungen wegen der Autobahn anbieten, wegen der Vignettenfreiheit. Auf den kurzen Umfahungsstrecken, ich glaube das müssten wir auch als Eisenstädter forcieren und hier versuchen mit Nachdruck auch bis zur ASFINAG zu kommen, natürlich auch über das Land. Wir müssen alle dazu mobilisieren, dass wir diese Umfahungsstrecken von der Vignette befreien. Ich glaube, dass das für einige Autofahrer eine kurzfristige Verbesserung wäre.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Die Abgeordnete Lentsch wird sich sehr freuen, wenn auch die SPÖ Eisenstadt ihren Antrag im Nationalrat, denn sie schon gestellt hat, unterstützen wird.“

- Zwischenruf Ing. Norbert Hofer -

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Sehr geehrte Anwesende! Im Zuge der Neuwahlen der Bürgermeisterin und des Vizebürgermeisters ist auch eine Umstrukturierung des Stadtsenates erfolgt. Mir ist Folgendes aufgefallen, nämlich dass im Stadtsenat Stadträte sitzen, die kein tatsächliches Aufgabengebiet haben. Das heißt, es wird die Stadtratfunktion ebenso wie die Ausschussfunktion bezahlt. Meine Frage wäre, wie viel ein Stadtrat pro Monat bekommt ebenso wie viel bekommt ein Ausschussvorsitzender pro Monat?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Das ist an und für sich immer ein Prozentsatz vom Bürgermeister. Ich muss sagen, dass ich dir das nicht sagen kann, wie viel ein Stadtrat bekommt. Du kannst das aber

jederzeit einsehen! Ich muss sagen, dass ich nicht einmal weiß, was ich als Bürgermeisterin bekomme. Ich weiß es nicht, ich habe mich noch nicht damit beschäftigt.“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Das war eine öffentliche Frage!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Du kannst bei der Personalabteilung nachfragen, es ist genau im Stadtrecht festgelegt. Wie schon erwähnt ist das immer ein Prozentsatz vom Bürgermeister. Der Bürgermeistergehalt ist wieder festgelegt an dem von Abgeordneten.“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Herr Stadtrat Freismuth hat sich ein bisschen genauer festgelegt, er meinte, dass es ein bisschen über 1000,-- Euro netto für einen Stadtrat sind und für einen Ausschussvorsitzenden sind es 700,-- Euro.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Bevor da ein Fragespiel veranstaltet wird!“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ich möchte auf etwas hinaus! Auf Grund der Tatsache, dass es zu Umstrukturierungen gekommen ist, schaut es jetzt so aus, so hatten vorher Herrn Stadtrat Höld, der Bezirksausschussvorsitzender von St. Georgen gewesen ist, diese Funktion wurde jetzt auf ein Gemeinderatsmitglied, nämlich auf Elisabeth Leeb, übertragen. Ist das korrekt, dass davor Herr Stadtrat Höld kein Extragehalt für seine Funktion als Ausschussvorsitzender bekommen hat? Stimmt das so?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Er ist aber kein Ausschussvorsitzender gewesen!“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Das trifft auch auf andere zu, das ist korrekt! Das heißt, dass sind jetzt 700,-- Euro mehr für die Gemeinde pro Monat, die zu bezahlen sind. Es geht mir darum, dass die

Mitglieder, die im Stadtsenat sitzen, mehr Verantwortung übernehmen sollten, als die Gemeinderäte. Ich möchte ganz konkret fragen, welche Aufgabe übernimmt Stadtrat Kovacs, welche Aufgabe hat Stadtrat Tinhof, damit sie das Geld, das sie verdienen auch tatsächlich in ihrer Arbeit umsetzen. Ich möchte einfach nur konkret wissen, welche Aufgabenbereiche ihnen jetzt zustehen bzw. sie jetzt bearbeiten, die sie in ihrer Funktion als Gemeinderat nicht bearbeitet haben. Es geht mir sehr wohl auch darum, Herr Kollege Hofer fordert das immer wieder ein, dass die Gemeinderäte minus 20% Gehalt bekommen. Ich denke mir aber, dass man am Kopf sparen soll und der Kopf ist der Stadtsenat. Ich würde es mir sogar wünschen, dass die Mitglieder des Stadtsenates auch die Funktion als Ausschussvorsitzender übernehmen. Das ist ein Vorschlag, der schon einmal im Raum gestanden ist und ich würde das auch sehr begrüßen, wenn die Gemeinde einiges an Geld sparen könnte. Man hat dann auch die Sicherheit, dass die Stadträte mehr Aufgabenbereiche zu bewältigen haben, die ihrem Gehalt entsprechen. Deshalb noch einmal meine Frage: „Was wurde seit der Umstrukturierung beschlossen? Danke.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Vizebürgermeister Schmall wird weiter für Verkehrsfragen und für Umwelt zuständig sein. Ich werde das Mikrofon weitergeben und von unserer Seite sagt dann jeder, was die Schwerpunkte seiner Arbeit sind.“

Stadtrat Dir. Hermann Höld:

„Der Stadtbezirk St. Georgen hat eine Einwohnerzahl von 2.500 und wenn man Gemeinden der Umgebung hernimmt mit gleicher Einwohnerzahl, so sind dort wesentlich mehr politische Vertreter in Verantwortung für die Gemeinde wie in unserem Fall, für den Stadtbezirk. Das war ein Grund, in St. Georgen diese Aufgaben zu teilen. In meiner Funktion als Stadtrat werde ich selbstverständlich weiter für Eisenstadt und St. Georgen zuständig sein. Außerdem bin ich Klimaschutzbeauftragter für die Stadt und bin außerdem noch Ansprechpartner für eine unserer Partnerstädte, nämlich das ehemalige Shido – Sanuki.“

Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Meine Aufgaben bleiben unverändert, Finanzstadtrat und Vorsitzender des Finanz – und Wirtschaftsausschusses.“

Stadtrat Dipl.-Ing. Erwin Tinhof:

„Die Funktion hat es mit sich gebracht und du hast es hoffentlich bei der Gemeinderatssitzung nicht nur mitbestimmt sondern auch mitgelesen. Ich bin aus dem Prüfungsausschuss als Stadtsenatsmitglied ausgeschieden, dem kann ich nicht mehr angehören. Ich bin in meiner Funktion in den Finanzausschuss gewechselt und bin dort Stellvertreter von Herrn Stadtrat Freismuth und gleichzeitig bin ich natürlich weiterhin Mitglied im Agrarausschuss. Die Bereiche, die beruflich bedingt in Verbindung mit der Stadt stehen, ist natürlich der Weinbau. Ich glaube, der sollte in der Stadt Eisenstadt genauso viel Stellenwert haben wie in der Vergangenheit, möglicherweise viel mehr.“

Vizebürgermeister Heinz Mock:

„Du hast es richtig angesprochen, dass ist schon einmal Thema gewesen und zwar genau nach der letzten Wahl im Jahr 2002. Wir haben es damals angesprochen, dass wir ebenfalls bereit sind, Ausschüsse zu übernehmen. Wie du weißt, wird das gewählt und zwar wählen das alle Mitglieder des Gemeinderates, wer welchen Ausschussvorsitz bekommt. Die Ortsvorsteher sind prinzipiell vorgegeben, es soll eine Person sein, die dort wohnhaft ist und die wird ebenfalls vom Bürgermeister bestimmt. Die Ausschüsse sind in diesem Fall aufgrund der Verhältnisse im Gemeinderat, der absoluten Mehrheit der ÖVP, so verteilt worden, dass eben kein Ausschussvorsitz für die SPÖ-Fraktion übrig geblieben ist. Wir haben es angeboten, wir haben damals vorgerechnet das man sich 40.

Zwischenrufe.

Der Prüfungsausschuss ist rechtlich bestimmt, dass ihn die zweitstärkste Partei bekommen muss. In diesem Fall kann kein Senatsmitglied den Prüfungsausschussobmann übernehmen. Ich muss dir deshalb sagen, dass ich damals das Thema angeschnitten habe. Wir sind bereit einen Ausschussvorsitz zu übernehmen, wir haben über den Sozialausschuss und den Bauausschussstellvertreter diskutiert, dass wir das annehmen würden. Wir wurden nicht gewählt, ist das so bei den Verhältnissen, die wir momentan in Eisenstadt haben. Im Land haben wir Proporzsystem, dass schaut ganz anders aus. Zwischenrufe

Das ist eben so, dass dort die Aufteilung passiert. Es geht da mehr ums Geld, als um die Funktion. Es kann hier ebenfalls viel Geld gespart werden. Wir haben damals

gesagt, dass wären rund um die 35.000,-- Euro bis 40.000,-- Euro jährlich gewesen, die man einsparen kann, hätten alle Senatsmitglieder einen Ausschussvorsitz oder auch einen Ortsausschussvorsitz, der mit 700,-- Euro wie ein Stadtrat dotiert ist. Meine Aufgaben sind im Finanzausschuss genauso wie als Senatsmitglied. Zwischenrufe.

Meine Aufgabe als Vizebürgermeister der SPÖ ist diese, nämlich zu sagen, dass wir gerne einen Ausschuss haben wollen und uns gerne zur Verfügung stellen. Wenn man hier nicht gewählt wird, dann kann man den Ausschussvorsitz auch nicht übernehmen. Ich bin als Vizebürgermeister für alle Arten und Anliegen zuständig, habe aber keinen Vorsitz, sondern bin nur in den Ausschüssen als Vertreter.“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Liebe Yasmin, ich erkläre mich heute bereit, sofort einen Ausschuss gratis zu übernehmen.“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Meine Frage war, welche Arbeiten wurden dir zugeteilt?“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Als Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Bauausschuss und als Stadtrat. Ich habe leider keine Möglichkeiten, ich hätte sie gerne, habe sie aber nicht.“

Gemeinderat Ing. Norbert Hofer:

„Geschätzte Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat!

Wenn ich mich nicht irre, dann kostet die Gemeindevertretung dem Eisenstädter pro Jahr den Betrag von 400.000,-- Euro. Ich halte es für überaus sinnvoll, wenn wir im Rahmen des Stadtsenates eine klare Aufgabenzuteilung vornehmen, das heißt, dass es einen Sozialstadtrat gibt und einen Verkehrsstadtrat. Dass sich wirklich die Verantwortungsträger, die jetzt in der ersten Reihe vorne sitzen, mit ganz konkreten Aufgabengebieten intensiv beschäftigen, damit die Bürger auch wissen, an wen sie sich wenden können. Wer ist der Stadtrat, an den ich mich wenden kann? Das ist auch ein Vorteil für die Bürgermeisterin, weil die Verantwortung auf mehreren Schultern getragen werden kann und es gibt den einzelnen Stadtsenatsmitgliedern die Möglichkeit sich wirklich zu profilieren, wenn man in diesem Bereich tüchtig ist

und etwas weiter bringt. Wenn jemand in seinem Bereich als Landwirtschaftsstadtrat zum Beispiel nicht so viel weiterbringen würde, dann würde es die Bevölkerung auch merken. Ich glaube, dass diese klare Referats- und Aufgabenzuteilung ein besserer Weg ist, als wie in Wien, nicht amtsführende Stadträte zu haben, denen man keine Möglichkeit gibt, ihrer politischen Verantwortung auch gerecht zu werden. Das wäre ein neuer Weg in Eisenstadt, der einer neuen Bürgermeisterin würdig wäre.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herzlichen Dank für die Anregung. Was ich merke, dass wir einen Verkehrsstadtrat haben, den Herr Vizebürgermeister Schmall, der das bis jetzt schon gemacht hat. Was wichtig sein wird, dass wir diese Aufgaben immer wieder betonen, dass immer wieder sagen, das Herr Vizebürgermeister oder Herr Finanzstadtrat, dass man das im Amtsblatt den Leuten bekannt macht, wer Ansprechpartner für die verschiedenen Probleme ist. Ich halte es insofern gut, dass wir uns nicht nur an die Ausschüsse halten, sondern eben Verkehrsproblematik, dass ein Stadtrat dafür verantwortlich ist. Bau und Umweltschutz, Soziales, da muss ich sagen, ich selbst arbeite im Sozialausschuss, ich glaube, das ich mittlerweile deutlich gemacht habe, dass das ein Thema ist, dem ich mich besonders widmen möchte. Ich kann sagen, unser Stadtrecht ist schlicht und einfach so, dass es einen zweiten Vizebürgermeister und Stadträte gibt. Das letzte Ergebnis war so, dass auch der Sozialausschuss von der ÖVP besetzt wurde und wir machen unser Bestes draus, um diese Aufgaben zu bewältigen. Der Herr Stadtrat Kovacs wird sich vielleicht innerhalb seiner Fraktion auch überlegen, für welche Themen er der Ansprechpartner sein will. Ich werde es mir sicher nicht für die SPÖ überlegen, wer welche Zuständigkeiten hat, weil das könnt ihr wesentlich besser.“

Ing. Norbert Hofer:

„Entschuldigung! Doch Frau Bürgermeister, schauen Sie, auf Landesebene ist es doch genauso. Da setzt man sich zusammen im Kollegialorgan in der Landesregierung und schaut sich an, welches Regierungsmitglied übernimmt welche Aufgabe. Da sagt der Landeshauptmann auch nicht, dass er für die ÖVP nicht überlegen kann, was die für Bereiche übernehmen. Da müssen sich die Stadtsenatsmitglieder zusammensetzen und schauen, wer kann was am besten. Klar ist, Herr Stadtrat Tinhof für den Bereich Agrar bestens geeignet und Dr. Freismuth für

den Bereich Finanzen. Sie, auch als Bürgermeisterin womöglich für den Bereich Soziales und das muss nicht zwingend mit dem Ausschussvorsitz zusammenhängen. Das soll einfach im Stadtsenat aufgeteilt werden, wer hat welchen Hauptverantwortungsbereich. Dr. Schmall ist Umweltgemeinderat, das ist eine Funktion, die im Stadtrecht und auch im Gemeinderat im Burgenland seit kurzem festgeschrieben ist. Es müssen die Funktionen wirklich klar aufgeteilt sein, damit der Bürger weiß, wer ist mein Ansprechpartner in einem ganz gewissen Fachgebiet. Ich habe es vorhin gehört, dass jeder herum gestammelt hat, welche Aufgabengebiete er hat.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich glaube, gegen „herum gestammelt“ verwehre ich mich sehr wohl, Kollege Hofer. Unser Umweltstadtrat, Verkehrsstadtrat und Finanzstadtrat, das sind Dinge die inzwischen klar sind. Der Magistratsdirektor hat nun nochmals betont, dass laut Eisenstädter Stadtrecht keine Geschäftseinteilung für die Stadtsenatsmitglieder gibt.“

- Zwischenrufe Ing. Norbert Hofer –

Es geht jetzt darum, dass ich die Anregungen für unsere Bürger und Bürgerinnen wesentlich klarer machen will, wer im Stadtrat oder im Gemeinderat Ansprechperson für die verschiedenen Probleme ist. Da müssen wir uns deutlich verbessern.“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Man hört anscheinend, was man hören will. Die Anregung, die jetzt aufgenommen worden ist, ich ergänze es um ein Wort, dass die Bevölkerung weiß, für was die ÖVP-Stadträte zuständig sind, weil die SPÖ Stadträte gehen uns eh nichts an. Das finde ich sowieso eine starke Aussage für eine Bürgermeisterin, zu sagen, dass ich mich nicht einmische, wie die SPÖ ihre Ämter verteilt. Habe ich das richtig interpretiert? Als Bürgermeisterin, denke ich mir sehr wohl, dass man eine Verantwortung hat. Von Leuten, die in einer verantwortungsvollen Position sitzen, wünsche ich mir mehr Engagement und mehr Arbeit, unter anderen auch weil sie mehr Geld verdienen. Ich sehe es nicht ein, egal ob Grüne, FPÖ oder einfache Bürger, dass hier Leute bezahlt bekommen und dann eine Partei entscheidet, dass die dann nichts zu arbeiten haben, weil die sich profilieren könnten. Das kann es

nicht sein! Aber es kann nicht sein, dass man sagt, was die SPÖ Stadträte machen, ist mir irgendwie egal.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich sagte, welche Stärken und Schwächen, die SPÖ Stadträte und Gemeinderäte einbringen. Hier erwarte ich mir Vorschläge von der SPÖ, wer sich wo einbringen will, in welchen Ausschüssen und in anderen Gremien. Es steht mir nicht zu, zu bestimmen, wo die Stärken der verschiedenen Gemeinderäte und Gemeinderätinnen bei der SPÖ liegen.“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Darf ich dann, das so interpretieren, dass es sehr wohl, wenn es zu einer klaren Aufgabenverteilung kommt, die auch der Bevölkerung bekannt gemacht wird, dass für jeden dieser Stadträte, der hier sitzt, es dann auch für die Bevölkerung ein klares Ansprechgebiet gibt, so wie es Gemeinderat Hofer gefordert hat. Oder, heißt es jetzt nur, dass die Frau Bürgermeister für ihre Stadträte spricht aber nicht für die zwei SPÖ Stadträte. Verstehe ich das richtig, dass die sich jetzt einbringen können und dann sehr wohl in der Öffentlichkeit für gewisse Agenden als Ansprechpersonen da sein werden.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Sie sind in den verschiedenen Ausschüssen tätig und wenn sie sich dort einbringen, werden sie auch als Ansprechpersonen in der Bevölkerung anerkannt werden.“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Und im Amtsblatt stehen!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich werde sicher keine Änderung des Stadtrechtes vornehmen.“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Es hat vorhin geheißen, wir können das übers Amtsblatt bekannt geben, wie die Ressortverteilung ist, dann erwarte ich mir, dass das nicht nur für die ÖVP Stadträte ist. Das ist der Punkt, es gibt keine Ressortverteilung. Falls es so was jemals geben

sollte, dann wünsche ich mir, dass alle Mitglieder des Stadtsenates, egal welcher Fraktion sie angehören, eine klare Aufgabenverteilung haben und die geschlossen an die Bevölkerung weitergegeben werden. Der Vorschlag Amtsblatt kommt direkt von Frau Bürgermeister. Gehe ich davon aus?“

Vizebürgermeister Mag. Josef Christian Schmall:

„Nein! Als Vizebürgermeister von Eisenstadt werde ich, wenn jemand mit einem sozialen Problem zu mir kommt, niemals sagen, dass ich nicht zuständig bin und er zu dem oder dem gehen soll.“

Mag. Yasmin Dragschitz:

„Das war nicht das Thema!“

Vizebürgermeister Mag. Josef Christian Schmall:

„Wir im Stadtsenat haben auch andere Aufgaben. Wir sind bei den Senatssitzungen dabei, wir haben andere Entscheidungen zu treffen, die hier nicht in den Gemeinderat fallen. Uns wurde von der ÖVP die Verantwortung für unsere Stadt bei der letzten Wahl im überzeugenden Ausmaß gegeben und ich glaube nicht, dass einer meiner Kollegen sagen wird, dass er nur für dies oder jenes zuständig ist. Als Mitglied des Stadtsenates hat man für alle Eisenstädter und für alle Anliegen da zu sein. Das ist meine Meinung und wir lassen uns hier nicht strikt einteilen in irgendwelche Aufgaben, sondern es gibt Ausschussvorsitzende, es gibt Mitglieder des Stadtsenates und so sehe ich mein Amtsverständnis. Danke.“

Gemeinderat Mag. Josef Mayer:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin schon sehr lange dabei, aber ich glaube, so wie die Diskussion jetzt verläuft, verlassen wir die sachliche Ebene. Frau Gemeinderätin Dragschitz, ich fühle mich ein bisschen diskriminiert, Sie sprechen jetzt nur die Stadträte an, die als Ansprechpartner dienen. Wir kleinen Gemeinderäte werden ständig angesprochen und wir sind für alles zuständig und sollten wir uns einmal nicht auskennen, leiten wir dies weiter. Dafür haben wir Stadträte und dafür haben wir Ausschussvorsitzende. Die zweite Geschichte, die mich unheimlich stört, ist, dass jetzt der Neidkomplex geschürt wird, wir begeben uns auf Kronen Zeitung Niveau, wer verdient was, wer

verdient wie viel und so weiter und sofort. Ich glaube, dass die Arbeit, die wir hier im Gemeinderat leisten, mit dem Geld, das wir bekommen, absolut in keiner Weise abgetan ist. Der Kollege Molnar lacht, er kann leicht lachen, als Klubsekretär mit 8.000,-- Euro brutto im Monat. Das soll man vielleicht auch mal sagen.“

Gemeinderat Ing. Norbert Hofer:

„Ich habe jetzt in kürzester Zeit so viel Unsinn gehört. Erstens, wir als Stadtsenatsmitglieder haben auch andere Aufgaben, wir sind bei den Stadtsenatssitzungen dabei. Das ist wirklich eine beeindruckende Aussage.“

- Zwischenruf Mag. Josef Mayer -

Gemeinderat Ing. Norbert Hofer:

„Nach diesem Amtsverständnis muss man es auch in der Bundesregierung so machen, dass alle Minister für alles zuständig sind. Diese Anregung hat dazu gedient, dass jemand konkrete Verantwortungsbereiche übernehmen kann. Es ist klar, wenn Herr Vizebürgermeister Mock auf Soziales angesprochen wird, dass er eine Auskunft gibt. Trotz alledem soll es einen Sozialstadtrat und einen Verkehrsstadtrat geben. Ich weiß nicht, wer da wirklich in der Privatwirtschaft aktiv war, Herr Direktor, ich glaube tu nicht. Wenn man die Gehälter der Stadtsenatsmitglieder, Vizebürgermeister, Bürgermeister mit den Gagen der Privatwirtschaft vergleicht, kann ich Ihnen sagen, dass es viele Arbeiter hier gibt, die für die Stadt bei jedem Wetter aktiv sind, die weniger verdienen als ein Stadtsenatsmitglied. Das ein Klubdirektor 8.000,-- Euro brutto im Monat verdient, das ist schlichtweg unwahr und du kannst dich bei der ÖVP erkundigen, wie viel euer Klubdirektor verdient. Ich kann nur sagen, dass er von 8.000,-- Euro meilenweit entfernt ist.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich glaube, wir sind jetzt bei der Landespolitik, kommen wir wieder zurück auf die Stadtebene. Gibt es noch eine Wortmeldung?“

Vizebürgermeister Heinz Mock:

„Hoher Gemeinderat!

Nachdem sich Yasmin für uns sehr stark gemacht hat, darf ich auch noch etwas sagen. Wenn die FPÖ im Stadtsenat sitzen würden, hättest du das genau so gemacht. Auf jeden Fall muss ich jetzt sagen, dass wir sehr wohl von Anfang an auch hier bereit gewesen sind, ein Ressort zu übernehmen. Es ist bei uns im Stadtrecht verankert, dass es eben nicht möglich ist, darauf zu bestehen. Ich finde es auch sehr sinnvoll, wenn alle Senatsmitglieder einen Bereich haben, in dem sie Kompetenz besitzen. Ich glaube doch, dass die SPÖ-Mandatäre hier sehr viel einbringen können und das auch immer wieder in den Ausschüssen tun. Natürlich sind wir hier nicht Vorsitzende oder sind nicht diejenigen, die dann das Endergebnis präsentieren, aber ich werde behaupten müssen, dass wir doch sehr aktiv in den Ausschüssen tätig sind. Das Herr Stadtrat Kovacs sicherlich sehr kompetent im Sozialbereich ist und hier im Sozialwesen sicherlich ein Ansprechpartner für alle Eisenstädter und Eisenstädterinnen ist, auch wenn wir jetzt keinen Vorsitz haben und ich ebenfalls im Schulbereich, Sportbereich wie auch bei der Jugend mitreden kann und eine gewisse Erfahrung habe. Ich glaube doch, dass auch in vielen anderen Bereichen die Senatsmitglieder tätig sind. Wir hätten gerne ein Ressort, ich glaube, dass es sinnvoll wäre, wir können es nicht bestimmen. Die Wähler können es bei der nächsten Wahl im Herbst. Dann hoffe ich doch, dass Änderungen eintreten und jedes Senatsmitglied das dementsprechende Ressort hat, indem er auch wirklich die Kompetenz hat.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Oder Sie, lieber Herr Vizebürgermeister. Die Damen darf man nicht ganz vergessen. Ich merke, nachdem ich nur mehr alleine im Stadtsenat bin als Frau, muss ich drauf bestehen, dass die Frauen nicht vergessen werden. Eine rege Diskussion, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die öffentliche Sitzung und übergebe für die nicht öffentliche Sitzung an den Herrn Vizebürgermeister.“

In Ermangelung weiterer Tagesordnungspunkte schließt die Vorsitzende die Sitzung des Gemeinderates um 20:33 Uhr.

Der Schriftführer:
Dr. Walter Horvath eh.

Die Vorsitzende:
Andrea Fraunschiel eh.

Die Beglaubiger:
Andrea Zänglein eh.
Hans-Wolfgang Sorger eh.